

**Rede von Oberbürgermeister Christian Ude,
Präsident des Deutschen Städtetages,
anlässlich der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
am 24. April 2013 in Frankfurt am Main**

Dies ist meine fünfte Antritts- oder Abschiedsrede oder beides zusammen vor der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Nach Berlin, München, Bochum und Stuttgart habe ich mir für Frankfurt eigentlich vorgenommen, keine Kapitel zu erwähnen, zu denen ich bereits wegweisende Ausführungen gemacht habe. Leider haut das schon beim ersten Punkt nicht hin. Denn natürlich muss bei der Erfolgsbilanz, die wir schon zur Stimulanz unserer eigenen Motivation nicht unter den Teppich fallen lassen sollten, das Thema Gewerbesteuer angesprochen werden und da ist tatsächlich sehr viel Wesentliches schon gesagt worden.

Aber trotzdem ist meiner Einschätzung nach die, zumindest vorübergehende, hoffentlich mittelfristige Sicherung der Gewerbesteuer das wichtigste Verdienst der letzten zahlreichen Jahre, in denen ich abwechselnd und gemeinsam mit Petra Roth an der Spitze des Deutschen Städtetages stand. In der Zwischenzeit sind die Kritiker wahrscheinlich nicht weniger geworden, nur etwas leiser. Es gibt aber nach wie vor die Gruppe der unwilligen Unternehmen, die nur ungern die Gewerbesteuer entrichten, was man ihnen irgendwie sogar nachfühlen kann, weil wir ja auch nicht gerne Steuern zahlen, was uns aber nicht wirklich weiterhilft, wenn wir die Finanzierung der kommunalen Aufgaben in Deutschland sicherstellen wollen. Und dann gibt es immer noch politische Kräfte, die es sogar gerne sehen würden, wenn den Kommunen die wichtigste eigenständige Finanzquelle verloren ginge, weil sie dann etwas folgsamer an goldenen Leinen durch die Gegend geführt werden könnten. Beide Gruppen gibt es noch, wenn es ihnen auch bei den Abstimmungen im Bundestag vorübergehend die Sprache verschlagen hat und deswegen meine ich, wir sollten das Thema nicht abhaken, als würde es diese und die nächste Generation der Kommunalpolitiker nicht mehr beschäftigen. Wenn ich meine 20 Amtsjahre als Oberbürgermeister Revue passieren lasse, stelle ich fest, dass die Gewerbesteuer in zyklischer Reihenfolge immer wieder vorgetragen wird als Thema, weil die Gegner nicht Ruhe geben. Und deswegen sollten wir uns kurz verständigen, wie sich der Deutsche Städtetag in der nächsten Runde verhält, wann auch immer der nächste Gongschlag ertönt.

Da werden sie wieder daherkommen mit der These, die Gewerbesteuer sei mittlerweile so durchlöchert, dass man eigentlich den Kommunen eine so schrumpelige und armselige Erwerbsquelle gar nicht mehr zumuten kann. Dazu empfehle ich nur ein ganz kurzes „mit eurem Mitleid könnt ihr uns gestohlen bleiben.“

Dann kommt, mit vielen Charts der Consultants, die man bei der Hand hat, die These, dass die Gewerbesteuer so volatil sei, dass sich die Kommunen unmöglich darauf stützen könnten. Das ist ein Argument, das witziger Weise von den Steuerschuldnern immer wieder voller Inbrunst vorgetragen wird und deswegen empfehle ich hier auch ein ganz kurzes „wenn die Gewerbesteuer wirklich volatil wäre, wie ihr es immer darstellt, dann wäre sie euch höchst angenehm. In Wahrheit seid ihr doch nur so sauer, weil sie seit Jahrzehnten stetig ansteigt und genau deshalb wollen wir sie behalten.“

Und dann kommt immer wieder die These, sie sei im internationalen Wettbewerb unmöglich, weil sie andernorts nicht existiere. Was natürlich nicht stimmt, aber da man im Ausland nicht Deutsch spricht, hat sie dort andere Namen, nämlich ausländische. Aber ein besseres Modell, wie es nahestehende Stiftungen im Jahresrhythmus vorstellen, gibt es bis auf den heutigen Tag nicht. Schärfer formuliert, es gibt kein einziges Modell, das auch nur annähernd einen vollständigen Ersatz für die Einnahmen aus der Gewerbesteuer bietet. Das muss man einfach mal klar machen. Solange kein Modell präsentiert wird, das von einem Bundes- oder Landesfinanzministerium durchgerechnet worden ist und das tatsächlich Aufkommensneutralität garantiert, sind wir nicht einmal zu Gesprächen und Verhandlungen bereit, weil wir bereits genug Lebenszeit für dieses Thema verschwendet haben.

Und wenn Wirtschaftskreise immer wieder vortragen, es sollte ja auf keinen Fall zu Mindereinnahmen der Kommunen kommen, deren Finanznot einem sehr zu Herzen gehe, dann sollen sie doch einmal sagen, wie denn dann die Wirtschaft oder Teile von ihr entlastet werden können, ohne andere

mehr zu belasten. Dann sollen sie bitte mal auf den Tisch legen, wen sie mit Vorschlägen anstelle der Gewerbesteuer mehr belasten wollen, welche Wirtschaftskreise, welche Berufsstände, welche Lohnsteuerzahler. Und wenn sie dann auch noch deren Einverständniserklärung mitbringen, können wir gerne über das Modell reden. Vorher aber nicht.

Zu den grundlegenden Erfolgen der letzten rund 15 Jahre zähle ich auch, dass die Privatisierungsdebatte in Deutschland jetzt anders geführt wird, als vor eineinhalb Jahrzehnten. Da war sie groß in Mode. Da wurde die Privatisierung städtischer Betriebe und Unternehmen nicht nur als Patentrezept zur Überwindung der Finanznot gepriesen, nein, sie sollte überhaupt ein Heilspfad sein zu mehr Wirtschaftlichkeit, zu mehr Bürgernähe, zu mehr Effizienz, zu mehr Kundenfreundlichkeit, wie es bei der Privatisierung angeblich naturwüchsig geschehe.

In der Zwischenzeit haben wir einige Privatisierungen erlebt, in Teilbereichen durchaus gelungen. Wenn ich zum Beispiel an die Telefonie denke, keiner wünscht sich, was aber auch mit dem technischen Fortschritt zu tun hat, die Zeiten eines Monopolunternehmens zurück. Aber in vielen Bereichen war das Ergebnis erschütternd. Vor allem beim Wasser, ob ich jetzt London Water anschau oder auch Preisentwicklungen in Ostdeutschland nach der Privatisierung oder den Zustand von Wohnanlagen nach der Privatisierung von Wohnungsgesellschaften. Keine Rede von mehr Verbraucherschutz oder mehr Mieterfreundlichkeit, allerdings gewaltige Preissteigerungen und Mieterhöhungen oder unterlassene Instandsetzungen, weil man eben Kasse machen muss. Das ist ja den Akteuren gar nicht vorzuwerfen. Sie müssen Kasse machen, sie haben den Anlegern Renditen versprochen in ihren Broschüren. Und sie haben die nächste Quartalsberichterstattung über die Gewinnsituation des Unternehmens vor der Nase, und da können und dürfen sie gar nicht so gemeinwohlorientiert agieren, wie es im Glücksfall Vorstände kommunaler Unternehmen tun. Diesen grundsätzlichen Unterschied können wir jetzt wieder selbstbewusst herausstellen, weil wir nicht nur Beweise für unseren guten Willen haben, sondern auch negative Beweise, was bei Privatisierungen alles daneben gehen kann.

Und heute sieht man selbst in den Wirtschaftsteilen drei- und vierspaltige Artikel unter dem pompösen Titel „Renaissance der Daseinsvorsorge“ oder „Rekommunalisierung der Wasserversorgung oder der Wohnungswirtschaft“. Das setzt uns in die Lage, in Zukunft selbstbewusster, auch im Dialog mit Ökonomen, die kommunale Daseinsvorsorge als das zu vertreten, was sie ist, nämlich ein zukunftsfähiges gemeinwohlorientiertes Modell und kein alter Zopf, der in Zeiten des Binnenmarktes abgeschnitten gehört.

Ich kann es nicht lassen, auch hier Ratschläge für künftige Bürgermeister zu geben. Es fällt auf, dass dieselben Unternehmensberatungen, die uns die Privatisierung oder Verwaltungsreform nahegelegt haben, jetzt mit Rat und Tat und Honorarordnung bei Fuß sind, um diese Prozesse wieder rückgängig zu machen. Und es wimmelt auch von Consultants und Anwaltskanzleien, die bei der Rekommunalisierung privatisierter Betriebe helfen. Bitte zeigen Sie ein Höchstmaß an Zurückhaltung, Skepsis und Misstrauen, wenn Ihnen die nächsten grundlegenden Veränderungen nahegebracht werden.

Der dritte Erfolg, der meines Erachtens schon gefeiert werden kann, ist der Erfolg des Konnexitätsgedankens, der inzwischen ein Konnexitätsverfassungsprinzip ist, verankert in den Länderverfassungen. Das war wahrlich für den Deutschen Städtetag ein langer Kampf. Ganze Jahrzehnte wurden damit bestritten, immer wieder darzulegen, wie ungerecht es ist, wenn Bund und Länder uns Aufgaben aufs Auge drücken, um dann selber zu vermelden, sie hätten Großartiges vollbracht. Kosten keine. Logisch, weil sie die Kommunen zu tragen haben. Das geht jetzt nicht mehr. So ist es jedenfalls in den Länderverfassungen verankert. Nur leider noch nicht in den Köpfen der Ministerialbürokratie.

Dieser Konsequenzschritt steht noch aus und deswegen wird der Städtetag, so meine ich, auch in Zukunft das Thema Konnexität ernst nehmen müssen und nach außen zu vertreten haben, allerdings

nicht mehr mit dem Wunsch, es in die Verfassung zu schreiben, sondern mit dem Wunsch, die Verfassung endlich ernst zu nehmen. Heute wird die Berechtigung des Konnexitätsprinzips nicht mehr bestritten, aber umgangen. Und das mit erstaunlicher Raffinesse. Ich nenne ein Beispiel, das uns in diesem Zusammenhang schwerfällt, weil wir ja in der Sache dafür sind. Wir in den Kommunen mit unserer Bürgernähe waren immer schon- jedenfalls vor den höheren Ebenen- für die Kinderbetreuung. Aber dass es plötzlich einen Rechtsanspruch geben sollte ab dem 1. August dieses Jahres, das war gesetzgeberischer Wille der höheren Ebenen. Und sie haben uns nicht allein gelassen, was ich ausdrücklich anerkennen möchte, aber vollen Kostenersatz haben sie auch nicht geleistet, und besonders realistisch ist der Zeitplan nicht gewesen, von der Ausbildung der erforderlichen Erzieherinnen und Erziehern auf staatlicher Ebene ganz zu schweigen. Und deswegen meine ich, dass wir schon im Dialog mit den höheren parlamentarischen Ebenen darum ringen müssen, dass es endlich aufhört, dass man in Landtagen und im Bundestag Versprechungen an die Bevölkerung macht und dann sagt, die Rechnung oder Klage wegen Nichterfüllung könnt ihr ja ans Rathaus schicken, damit haben wir nichts zu tun. Auch das ist ein Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip: Lasten abzuwälzen, ohne bei der Aufgabenerledigung aktiv und ausreichend mitzuhelfen.

Und der nächste Fall steht vor der Tür. Auch dies wieder ein Anliegen, das wir mit Herzblut vertreten und das sogar weltweit Gültigkeit hat, wie sich in Resolutionen der Vereinten Nationen niederschlägt. Ich meine das Prinzip der Inklusion. Ja und nochmals ja zur Inklusion! Aber Bund und Länder können nicht gesetzlich normieren, was dann allein die Kommunen in der Praxis mit gigantischem Aufwand zu realisieren haben. Ich glaube nicht, dass sich jeder Parlamentarier schon hinreichend klargemacht hat, welche Kosten es auslöst, für einzelne behinderte Schülerinnen und Schüler alle gewünschten Bildungsstätten vollkommen barrierefrei auszubauen, auch wenn es denkmalgeschützte Altbauten sind. Und ich glaube nicht, dass alle die, die Inklusion verkünden, als Bundesland mit Kulturhoheit schon bereit sind, auch für die sonderpädagogische Qualifikation des Personals zu sorgen und für die sächliche behindertengerechte Ausstattung und für die erforderliche unterstützende Schulbegleitung. Aber nur dann wird Inklusion auch ein Erfolg und nicht einfach die Auflösung von Förderschulen, damit die behinderten Kinder im allgemeinen Schulwesen noch mehr vernachlässigt werden als bisher.

Ich will noch einen vierten Erfolg nennen, den nicht alle immer so empfunden haben. Da gab es heftige Kontroversen, vor allem in den Optionskommunen, und es gibt wohl auch heute noch rückwirkend Meinungsverschiedenheiten. Ich stehe aber dazu, dass wir im Deutschen Städtetag 2003 einmütig beschlossen haben: wir sind für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und wollen dies unter dem Dach der Bundesagentur für Arbeit organisiert wissen. Davon versprechen wir uns Synergieeffekte auf der Verwaltungsseite und vielmehr Chancen auf der Seite der Hilfeempfänger. Ich glaube dass dieser Kernbestandteil der Reform tatsächlich richtig war und sich nach heftigen Reibungsverlusten, die nicht auszuschließen sind, wenn völlig unterschiedliche Verwaltungskulturen plötzlich unter ein Dach gezwungen werden, auch tatsächlich eingespielt hat. Nach der Rahmenvereinbarung von 2005 ist es ja auch sehr viel besser geworden. Ich denke, dass der Städtetag an diesem Teil der Reform auch ursächlich beteiligt war und zu diesem Erfolg auch stehen sollte. Selbst wenn gar nicht alle gerne im Zusammenhang mit dieser Reform erwähnt werden. Aber zu seinen Verdiensten wenigstens muss man auch stehen.

Und der fünfte Punkt: Nach jahrelangem Fordern und Rufen ist unser Wunsch nach einer Entlastung im Bereich der explodierenden Sozialkosten endlich akzeptiert worden. Ich glaube, dass die Entlastung von den Kosten der Grundsicherung im Alter einer der großen Verhandlungserfolge des Deutschen Städtetages ist und im nächsten Jahr wird es eine Entlastung von rund vier Milliarden sein. Ich denke, dass wir hier dem Bundesgesetzgeber und allen, die daran mitgewirkt haben, tatsächlich dankbar sein dürfen.

Aber es ist nicht im Geringsten so, dass der Städtetag sich auf Lorbeeren ausruhen könnte, weil die nächsten großen Aufgabenstellungen schon hereindrücken und die erste, zeitlich dringendste, habe ich schon erwähnt. Ab 1. August diesen Jahres, also in wenigen Wochen bereits, gilt der Rechtsanspruch für alle Kinder, die das erste Lebensjahr vollendet haben, auf einen Betreuungsplatz, sei es in einer Kindertagesstätte oder in der Kindertagespflege. Ich erinnere mich gut, wie das alles 2007 beim Krippengipfel angefangen hat. Wir haben uns damals einfach verständigt zwischen Bund, Länderministerien und kommunalen Spitzenverbänden, dass der Bedarf mindestens bei 35 Prozent der Kinder besteht. Manche haben gemeint mehr, manche haben gemeint, es stimmt genau, weil es so in den europäischen Nachbarländern auch ist. Frau von der Leyen hat dann gesagt - und das war gut so - jetzt einigen wir uns mal auf 35 Prozent. Soviel sind es mindestens. Und tatsächlich kam ein bundesweiter Konsens zustande – aber ein Rechtsanspruch war da noch nicht vorgesehen. Und bald musste der Prozentsatz angehoben werden, aber er ist immer noch nicht geeignet, der Realität des mittlerweile weiter gestiegenen Bedarfs vor allen im großstädtischen Raum Rechnung zu tragen. Wir haben immer wieder im Präsidium abgefragt, wie das ist. Am Anfang ist man noch aufgefallen, wenn man gesagt hat, in meiner Stadt sind sie schon über 50 Prozent. Aber bald gab es die ersten, die Elternumfragen präsentieren konnten mit über 60 Prozent und richtig kalt den Buckel ist es mir runtergelaufen als der Kollege Burkhard Jung aus Leipzig erzählt hat, er sei schon über 70 Prozent beim Angebot, aber immer noch nicht sicher, dass das auch für die Nachfrage reicht. Da ist dann in den westlichen Städten schon Besorgnis ausgebrochen. Wenn man nicht mal bei 70 Prozent richtig sicher sein kann, dass das Versorgungsangebot auch gerichtsfest sein wird.

Ich finde schon, dass die Gewährung eines Rechtsanspruchs, ohne sich seriös über die Nachfrage zu informieren und seriös über die Finanzkraft der Kommunen zu erkundigen und seriös die Ausbildung der erforderlichen Erzieherinnen und Erzieher sicherzustellen, ein Abenteuer auf Kosten Dritter ist.

Und das Verrückte ist ja, was wir erfreulich finden, aber trotzdem sind wir Leidtragende dieser Entwicklung, dass mit der Qualität und Quantität des Angebotes auch die Nachfrage steigt. Das heißt, in je mehr Kollegenkreisen, Verwandtschaften, Belegschaften sich herumspricht, dass man keine Rabenmutter ist, wenn man das Kind in die Kita gibt, sondern dass das Kind dort besonders gefördert wird und mit Gleichaltrigen spielen kann, mehr Chancen hat als vielleicht zuhause, desto höher wird die Nachfrage. Am niedrigsten ist sie dort, wo es überhaupt keine Kita gibt, weil sich da nicht rumspricht, wie gut die Kita ist, und deswegen haben wir so unterschiedliche Bedarfssituationen. Aber ich fürchte - und sie können alle ab ersten August prüfen, ob ich recht habe - ich fürchte, dass die mediale Öffentlichkeit darauf vergleichsweise wenig Rücksicht nehmen wird, sondern einfach vor Ort den jeweiligen Bürgermeister auf die Anklagebank setzt, weil es eine Handvoll Eltern gibt, die eine Klage einreichen. Bei künftigen Themen sollten wir von den Parlamentariern verlangen, dass sie die Kommunen nun wirklich ernst nehmen und nicht einfach benutzen, um Versprechungen und Verheißungen zu verkünden, die dann von den Kommunen unter Strafandrohung erfüllt werden müssen. Das ist kein Umgang. Stellen sie sich mal vor, wir würden als Städtetag beschließen, dass es jetzt einen Rechtsanspruch gibt auf den Arbeitsplatz und wenn das bis zum ersten August nächsten Jahres nicht erledigt ist, kann man den Bund verklagen.

Die zweite Aufgabe, die durch unseren Bildungskongress in München eindrucksvoll unterstrichen worden ist, das ist meines Erachtens die Überwindung und Abschaffung des Kooperationsverbotes, das ohne Sinn und Verstand ins Grundgesetz hineingeraten ist, dort aber wirklich nicht hinein gehört.

Die Kommunen sind ja in der Bildungspolitik ein wesentlicher Partner. Ehrlich gesagt ist mir das in vollen Umfang auch erst beim Bildungskongress aufgefallen. Natürlich wusste ich, dass wir Träger der Kinderbetreuung sind. U 3 und auch U 6, und dass wir die Sachaufwandsträger an den Schulen sind und berufliche Schulen, jedenfalls in vielen Großstädten, kommunal betreiben. Aber es gehören ja zur Bildungslandschaft auch die Musikschulen dazu. Oft bis in die kleinste Kommune hinein sind

die Volkshochschulen selbstverständlich, die dem Prinzip „life long learning“ erst Geltung verschaffen. Da gehören dazu die Bibliotheken und Medienzentren und selbstverständlich die Sportanlagen und Schwimmgelegenheiten, die von den Kommunen für den Sportunterricht zur Verfügung gestellt werden. Also die Kommunen sind am Bildungswesen tatsächlich von U 3 und Kindergarten über die gesamte Schule, deren Nachmittagsangebote wir auch noch organisieren sollen, und deren Öffnung zum Stadtteil wir sogar organisieren müssen - denn wer sollte es denn sonst tun - bis hin zum Bibliotheksbesuch Träger des Bildungsauftrags. Und da können doch die Länder nicht so tun, ich sage das jetzt in vollen Bewusstsein, dass das zum Ende des Jahres gegen mich verwendet werden könnte, die Länder können nicht so tun, als ob sie die einzigen Träger der Bildungspolitik wären und sich weder mit dem Bund noch mit den Kommunen abstimmen müssen. In Wahrheit werden wir nur dann eine Bildungsrepublik Deutschland werden, wenn die Bildungsaufgaben von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam angegangen werden. Für dieses Prinzip müssen wir streiten.

Was hat denn der Bund schon Schreckliches gewollt? Er wollte die Ganztagschule fördern, was einige Länder empört zurückgewiesen haben als Eingriff in die Kulturhoheit, und er wollte unter Frau von der Leyen die U 3-Betreuung mit finanzieller Förderung schneller voranbringen. Da kann man doch vernünftigerweise gar nichts dagegen haben. Hier aus Sturheit zu sagen, wir nehmen nichts, wir kriegen lieber kein Geld, als dass besonders dringliche Bildungsaufgaben endlich in Angriff genommen werden, ist meines Erachtens unverantwortlich. Ich sage das so bewusst, weil wir hier bei der nächsten Regierungsbildung – egal in welcher Konstellation – Fortschritte brauchen.

Die dritte Aufgabe heißt nicht mehr Armut der Städte, denn so undifferenziert kann man das nicht mehr behaupten. Es gibt Städte, die im letzten Jahr ihre Schulden gehörig zurückführen konnten, die stolze Gewerbesteuererinnahmen haben, die ich persönlich am liebsten geheim halten würde, damit der Stadtrat nicht auf dumme Gedanken kommt, das ist schon wahr. Deswegen haben wir noch lange keine Lösung unserer finanziellen Probleme, die wir seit Jahrzehnten beklagen. Seit dem Beginn der 70er Jahre unter dem Motto „Rettet unsere Städte jetzt“. Das Problem gibt es immer noch, aber in veränderter Form. Insgesamt haben wir im letzten Jahr 1,8 Milliarden Euro Überschuss gehabt. Da sagen viele Journalisten „Jetzt ist aber Ruhe. 1, 8 Milliarden Euro Überschuss, da wollen wir kein Jammern mehr hören.“ Aber zur Realität gehört auch, dass wir arme Kommunen haben, die weder am Konjunkturaufschwung, noch am erhöhten Gewerbesteueraufkommen teilhaben, sondern nur an den gestiegenen Soziallasten wegen gesteigener Arbeitslosigkeit, und die haben jetzt die unvorstellbare Summe von 48 Milliarden Euro Kassenkrediten. Bei meiner ersten Wahl gab es noch die Zukunftsvision, es könnten mal 30 Milliarden Euro werden und jetzt sind es über 48 Milliarden Euro, Tendenz 50 Milliarden Euro. Und deswegen sage ich, wir sollten in Zukunft nicht mehr von der kommunalen Finanznot reden, weil es dann sofort Gegenbeispiele gibt, die das entkräften oder Durchschnittswerte, die es in Frage stellen. Nein, wir müssen darauf hinweisen, dass es arme Städte gibt! Nicht alle, aber viel zu viele. Und die Entschuldung dieser Städte kann logischerweise nicht von ihnen selber geleistet werden, sondern ist eine nationale Aufgabe, an der sich Bund und Länder beteiligen müssen.

Und wir haben ein viertes Thema: Armut in Deutschland. Ich weiß, dass der Begriff schon auf der Definitionsebene heftig umkämpft ist, weil viele sagen, da wäre man in manchem Entwicklungsland glücklich, ein Armer in Deutschland zu sein. Was natürlich stimmt, weil Armut immer relativ definiert wird. Aber wer hier als arm bezeichnet wird, der hat weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens zur Verfügung. Und das ist bei einem Alleinstehenden ein Monatseinkommen von 848 Euro. Das klingt ganz stattlich, aber wie man nach Abzug der Mietkosten davon wirklich würdig leben kann, weiß ich offen gesagt nicht. Und jeder, der die Armutsdefinition in Zweifel zieht, sollte sich mal die Frage stellen, ob er wenigstens einen Monat unter solchen Bedingungen tatsächlich bewältigen könnte. Dann wären wir viel Talkshow-Geschwätz schon einmal los. Und wie viele nahe an der unteren Grenze sind, macht folgende Zahl deutlich, die von der Bundesagentur stammt. Die Zahl der SGB-Leistungsempfänger würde, wenn man die Sätze nur um 50 Euro erhöht,

schlagartig, um mehr als 1 Million Euro steigen. Das heißt, so viele Menschen leben ganz nahe an der Grenze, die wir als Existenzminimum definieren. Und deswegen muss zwingend die Armutsthematik, die auch hier entsteht, vor allem aber auch durch Zuwanderungen importiert wird in einem Europa der offenen Grenzen und Freizügigkeit, als Schwerpunktaufgabe künftiger Dekaden definiert werden. Wir können nicht die Wohlstandsdefinition vergangener Dekaden zum Maßstab machen. Aufgrund der europäischen Zuwanderung werden wir Armut als ein Hauptthema der Stadtgesellschaften der Zukunft zu bewältigen haben.

Und eine weitere Aufgabe ist selbstverständlich unsere Mitwirkung bei der Energiewende. Wir erleben und erleiden hier ein unkoordiniertes Nebeneinander zwischen Bundesregierung und Ländern untereinander und der Energiewirtschaft. Wir müssen darauf drängen, dass die Energiewende, die die Kommunen schon viel früher eingeleitet haben, mit Energieeffizienz, mit Energiesparen und mit erneuerbaren Energien, tatsächlich gut koordiniert zum Erfolg geführt wird. Und dabei fordern wir von Europa, dass es erforderliche Schritte selber unternimmt. Beispielsweise bei der Luftreinhaltung, wo man die Stickoxid- und Feinstaubbelastung an der Quelle bekämpfen könnte, wenn man wollte und dazu bereit wäre. Statt von den Kommunen ganze Maßnahmepakete zu verlangen, um mit untauglichen Instrumenten zu versuchen, die örtlichen Überschreitungen der Grenzwerte ein bisschen zu drosseln. was manchmal gelingt, aber häufiger überhaupt nicht, und wenn der Wind die Belastung herbläst, dann hat's schon überhaupt keinen Sinn. Also bitte, die Europäische Kommission möge das im Umweltschutz bewährte Verursacherprinzip künftig beachten.

Damit bin ich bei Europa und unserem Motto, zu dem mir schon ganz skeptisch und kritisch gesagt wurde, wie kann man nur in Zeiten wie diesen, Europa stärken wollen. Die Menschen treibt doch was ganz anderes um, zum Beispiel wie man sich von europäischen Vorgaben befreien kann. Nein, da sind wir uns im Präsidium und im Hauptausschuss immer vollkommen einig gewesen: Wir sind überzeugte Europäer und wir wollen gerade in einer Zeit der Krise, der Währungsverwirrungen und -irrungen ein klares Signal pro Europa senden. Das sind wir unserem Selbstverständnis und unserer Geschichte schuldig.

Die Städte standen am Anfang von Europa. Sie haben mit den Partnerschaften Brücken geschlagen, bevor die Staaten folgten. Und sie sind, gerade hier in Frankfurt kann man das besichtigen, Orte europäischer Internationalität. Sie spiegeln europäische Vielfalt wieder. Und die Städte haben schon Integrationspolitik betrieben in ihren Schulen, in ihren Stadtvierteln und in ihren Volkshochschulen, als höhere Ebenen und Wirtschaftskapitäne noch geglaubt haben, man könne alle Gastarbeiter nach getaner Arbeit wieder heim schicken. Also auch der Gedanke der Integration hat seine Wurzeln in der Kommunalpolitik und deshalb bejahen wir die europäische Einigung, wünschen uns ihre erfolgreiche Fortsetzung, aber weisen auf einen Punkt des Lissabonner Vertrags hin, der in der Praxis immer noch nicht die Rolle spielt, die er spielen soll und muss, nämlich die Privilegierung der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand. Da werden wir ungemütlich und ich wünsche mir, dass sich das auch in Brüssel herumspricht.

Detlef Raphael hat mir ein Positionspapier des Deutschen Städtetages zukommen lassen zu all den strittigen Fragen mit der Europäischen Kommission und das will ich doch wörtlich zitieren. „Die Gemeinden betätigen sich wirtschaftlich, nicht um mit ihren Bürgern und Steuerzahlern in Wettbewerb zu treten, sondern um öffentliche Pflichten zu erfüllen. So dient ihre wirtschaftliche Betätigung der Fürsorge der breiten Schichten der Bevölkerung. Gas, Wasser und Elektrizität sind für viele unentbehrliche Lebensbedürfnisse, deren sichere und angemessene Befriedigung heute mehr denn je öffentliche Aufgabe ist.“ Und wer hat das beschlossen, diese Antwort auf die Europäische Kommission des Jahres 2013? Der Deutsche Städtetag 1926. Was wir seit 100 Jahren vertreten und durch die Praxis bestätigen, das lassen wir uns nicht hoppla hopp ausreden, nur weil plötzlich der Wunsch großer Konzerne nach einem Marktzugang in Europa vordringlich von der Lobby vorgetragen wird. Und deswe-

gen stehen wir in der Frage der Wasserversorgung beinhart zu der Forderung, die auch hier vom Städtetag in Frankfurt bekräftigt werden muss und werden wird: Die Dienstleistungsrichtlinie darf nicht die Wasserversorgung umfassen! Auf gar keinen Fall solange sie noch Anforderungen stellt, die von vielen Wasser- und Stadtwerken nicht erfüllt werden können ohne Umorganisation und einen Zwang zur Privatisierung durch die Hintertür. Das lassen wir uns nicht gefallen. Das muss das ganz klare Signal sein.

Hierzu nur zwei Anmerkungen. Die erste: Es nervt schon, wenn ein Europa, das alle Hände voll zu tun hat, um die dringendsten Probleme zu lösen, ein Konfliktthema nach dem anderen mit den deutschen und österreichischen Städten und Gemeinden vom Zaun bricht. Erst bei der Frage des Nahverkehrs, da haben wir zwei Jahre streiten müssen, dann weil man sich nicht an das Geschäftsmodell der Sparkassen gewöhnen wollte und jetzt bei der Daseinsvorsorge mit der Wasserversorgung. Weiß der Teufel, was sie als nächstes entdecken. Aber die Lobby wird schon kommen, um sich weitere Geschäftsfelder der kommunalen Daseinsvorsorge unter die Nägel zu reißen. Es wird Zeit, dass sich Brüssel komplett von der Kommission über den Rat bis zum Parlament auf die Lösung anstehender Aufgaben konzentriert und bei der deutschen Daseinsvorsorge die Wünsche der Bevölkerung ernst nimmt.

Und die zweite Anmerkung zu diesem Thema: Ich habe ein ganz ungutes – man sagt heute wohl - Bauchgefühl. Aber es ist nicht nur ein ungutes Bauchgefühl, es ist auch ein ungutes Kopfgefühl. Wenn wir mit Inbrunst sagen, dass Wasser ein Menschenrecht ist und öffentliche Wasserversorgung unverzichtbar, aber gleichzeitig wird in Europas Namen und damit auch in unserem Namen von Mittelmeerländern verlangt, ultimativ, dass sie ihre öffentliche Wasserversorgung privatisieren. Das passt nicht zusammen.

Lassen sie mich auch Sorgen formulieren, die meines Erachtens die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung überschatten könnten. Erste zentrale Sorge: Als die Staatengemeinschaft gezwungen wurde, Rettungsschirme aufzuspannen, um die internationale Finanzkrise abzuwehren, da haben sich die Staaten verschuldet, um Hilfen zu gewähren und das hat die Schuldenkrise zumindest verschärft. Jetzt erleben wir, dass die Finanzmärkte, die auf diese Weise auf Kosten und Risiko der Steuerzahler gerettet wurden, ganz geschmäckerlich sagen, jetzt wissen wir aber nicht mehr, ob wir diesen Staaten unser Vertrauen schenken dürfen. Jetzt haben wir höhere Anforderungen an die Staaten, dass die unseren Gesetzmäßigkeiten folgen. Wohlgermerkt, die Staaten, die gerade die Finanzmärkte vor dem selbst verursachten Desaster beschützt haben. Die Staaten werden sich beugen müssen, wegen ihrer Abhängigkeit von den Finanzmärkten und dann wird die Schuldenbremse zu beachten sein. Und in der Kaskade könnten die Kommunen die letzten sein, die am Ende die Gekniffenen sind. Und dafür spricht in vielen europäischen Ländern bereits die aktuelle Entwicklung. Und deshalb meine ich, dass in der Zukunft die Abwehr von internationalen Finanzkrisen auch ein kommunales Anliegen sein muss. Wir dürfen nicht zulassen, dass Finanzmärkte noch einmal Verschuldungen der Staatengemeinschaft erzwingen, ohne selber einen finanziellen Beitrag zur Lösung der Probleme zu leisten, weil dann die Kommunen als letzter in der Kette den Schaden auszubaden haben. Das zeichnet sich in einigen europäischen Ländern bereits ab und das müssen wir abwehren.

Zweite Feststellung und das merken bisher nur wenige Städte in Deutschland, aber es werden mehr werden: Die wachsende Spaltung von Arm und Reich, von Spitzenverdienern und Vermögensbesitzern einerseits und zunehmendem Prekariat andererseits, führt zu einem völlig neuen Auftritt der Reichen und Superreichen in den Stadtgesellschaften. Als erstes auf dem Immobilienmarkt, mit Phänomenen die wir vor wenigen Jahren noch gar nicht kannten. Damals haben viele noch Wohnungsbesitz verscherbelt, weil es angeblich lukrativere Anlagemöglichkeiten gibt. Heute erleben wir die Flucht in die Sachwerte - die Medien sprechen bereits von der Flucht in Betongold - und abzulesen ist das an explodierenden Immobilienpreisen, denen natürlich über kurz oder lang explodierende Mietpreise

folgen. Gentrifizierung ist bereits in vielen deutschen Städten ein häufiges Schlagwort und Anlass von Bürgerprotest. Und irgendwann werden wir in den Stadtgesellschaften merken, dass wir die Polizisten und Erzieherinnen, die sich Wohnraum jetzt nicht mehr leisten können, dringend brauchen, um für alle Einkommensschichten das großstädtische Leben attraktiv zu gestalten. Ich glaube deshalb, dass wir nicht über jeden Investor und jedes Investment jubeln können, auch nicht über jede Transaktion in Immobilienmärkten, sondern dass wir der ökonomischen Entwicklung seit der Finanzkrise die Vision der solidarischen Stadtgesellschaft entgegenhalten müssen.

Es kommen aber nicht nur mehr Reiche, sondern auch mehr Arme und zwar sehr Arme unterhalb des definierten Existenzminimums in die Städte. Dabei ist hochinteressant, woher die Zuwanderung kommt. Ich habe Zahlen aus München, über die alle gestaunt haben. Bei den zehn wichtigsten Herkunftsländern der Zuwanderung des vergangenen Jahres liegen vier Beitrittsländer im Osten, Polen, Tschechien, Bulgarien und Rumänien und vier Schuldenländer im Süden, Griechenland, Italien, Spanien und Portugal. Die Bundesrepublik Deutschland mit all ihren Bundesländern hat nur einen mittleren Platz in der Rangliste der Herkunftsländer und zu den ersten zehn gehören völlig überraschend die USA. Die Türkei ist übrigens nicht dabei, weil die Menschen dort das Wirtschaftswunder inzwischen im eigenen Land suchen.

Diese Zuwanderung von vollkommen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, hochqualifizierte Fachkräfte aus dem Osten und wirklich arme Menschen aus dem Südosten und Zuwanderer aller sozialer Schichten aus den südlichen Ländern, stellen die Kommunen vor vollkommen neue Aufgaben. Und ich denke, dass wir sie nicht mit den Rezepten und auch den Beschwörungsformeln der Vergangenheit allein bewältigen können. Was unsere Studie über die Zuwanderung aus dem Südosten aussagt, löst sofortigen Handlungsbedarf aus. Das gehört auf die Agenda der kommenden Jahre.

Schließen will ich mit einem Paket, das wir auf diesem Städtetag verabschieden und mit dem wir endlich den Anschluss an die in den Medien längst begonnene wohnungspolitische Diskussion gewinnen. Wir wissen, dass wir in nahezu allen Ballungszentren, ob sie wirtschaftlich extrem erfolgreich sind oder nicht, und nahezu in allen Universitätsstädten – was mit der Zunahme der Studentenschaft zu tun hat – einen besonderen Wohnungsbedarf haben. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Arbeitsgruppe Wohnungspolitik und Mieterschutz, die mit einer vollkommen unterschiedlichen, differenzierten Situation zu tun hatte, dass wir konkrete und befriedigende Antworten auf die neuen Herausforderungen geben. Es gibt Regionen, wo die Hausbesitzer nicht wissen, wie sie die Instandsetzung finanzieren sollen. Das ist wahr. Aber es gibt auch Ballungszentren, in denen die Mieter nicht wissen, wie sie nächsten Monat die Miete zahlen sollen. Das ist auch wahr. Und deswegen brauchen wir auch differenzierte Antworten. Und die Antworten, die das Papier gibt, sind meines Erachtens die richtigen. Wir begrenzen den Mietanstieg bei Wiedervermietung auf 10 Prozent über ortsüblichen Vergleichsmieten. Da ist Spielraum gegeben. Aber eben nicht für einen Sprung von 30 Prozent oder 40 Prozent, wie er in der Praxis immer häufiger vorkommt. Das war überfällig, dass hier eine Begrenzung vorgeschlagen wird und ich wünsche mir, dass wir das noch in diesem Jahr erleben, dass das Gegenstand von Koalitionsverhandlungen in Berlin wird.

Die zweite Forderung ist vom Gesetzgeber erfüllt, das ist die regionale Begrenzung der Kappungsgrenze auf 15 Prozent in 3 Jahren. Das hätte etliche Jahre früher wirklich eine bremsende Wirkung entfaltet. Jetzt kommt die Bremse spät, aber besser als nie. Und dann gibt es noch Vorschläge, den Mietwucher effizienter zu begrenzen und die Maklergebühren zu begrenzen. Das ist auch, glaube ich, im Interesse aller Wohnungssuchenden. Und dass Bund und Länder die Mittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau nicht drosseln dürfen, sondern endlich wieder aufstocken müssen, entsprechend der sprunghaft steigenden Nachfrage, das ist auch eine Realität, selbst wenn dieses Problem nicht allen Kommunen zu schaffen macht, sondern den Verdichtungsräumen und den Zuwanderungsgebieten, aber da sind wir auf stärkeren Wohnungsbau angewiesen. Hier gibt der Städtetag befriedi-

gende Antworten und dafür bedanke ich mich. Ich glaube, damit ist schon sichergestellt, dass wir zu Europa und zum Wohnungsmarkt zukunftsweisende Beschlüsse auf diesem Städtetag in Frankfurt fassen.